



An den Grossen Rat

18.5016.02

ED/P185016

Basel, 31. Januar 2018

Regierungsratsbeschluss vom 30. Januar 2018

## **Interpellation Nr. 161 Talha Ugur Camlibel betreffend der steigenden Zahl an Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Anschlusslösung**

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 10. Januar 2018)

Der starke Anstieg der Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Anschlusslösung seit 2014 ist mit Sicherheit sehr besorgniserregend. Noch beunruhigender ist dabei v.a. die Tatsache, dass 9.9% der Abgänger des zehnten Schuljahres (Brückenangebote) 2017 keine Anschlusslösung gefunden hatten (2014: 3%). Auch eine steigende Zahl der Gewerbe- und Berufsschulabgängerinnen und -abgänger findet offenbar keine Anschlusslösung. In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch ist die Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger in absoluten Zahlen?
2. Auf den ersten Blick scheint die Zahl der arbeitslosen und sozialhilfeabhängigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen zumindest bis 2016 trotzdem kaum angestiegen zu sein. Kann der Regierungsrat diese Beobachtung bestätigen? Wenn ja: weswegen besteht hier kein Zusammenhang?
3. Was sind nach Einschätzung des Regierungsrates die Ursachen für den Anstieg der Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Anschlusslösung?
4. Sind junge Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich betroffen?
5. Hat der Regierungsrat bereits Gegenmassnahmen eingeleitet um zu erreichen, dass wieder weniger Jugendliche nach Schulabschluss ohne Anschlusslösung dastehen?

Talha Ugur Camlibel

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

## 1. Ausgangslage

Die Interpellation bezieht sich auf die vom Statistischen Amt publizierten Zahlen zum Indikatorenset des Legislaturplans. Die Ergebnisse beruhen auf einer Befragung, die das Erziehungsdepartement jährlich jeweils an der Weiterbildungsschule (WBS), am Zentrum für Brückenangebote (ZBA) und in Vorkursen und Vorlehen der Allgemeinen Gewerbeschule Basel (AGS) und der Berufsfachschule Basel (BFS) durchführt.

Mit der Erhebung wird bezweckt, die Anschlusslösungen am Ende der obligatorischen Schulzeit sowie nach dem Besuch eines Brückenangebots in Erfahrung zu bringen. Folgende Punkte gilt es dabei zu beachten:

- Die Erhebung ist eine Momentaufnahme, das heisst, die Ergebnisse spiegeln die Situation zum Befragungszeitpunkt wieder.
- Bei den Berufsfachschulen AGS und BFS werden lediglich Lernende in Vorkursen und Vorlehen befragt. Es handelt sich bei diesen Zahlen also nicht um eine Gesamtbetrachtung über die Anschlusslösungen aller Lernenden nach Abschluss der beruflichen Grundbildung.
- Die relativen Prozentzahlen dieser Betrachtung beziehen sich lediglich auf die Abschlussklassen der ehemaligen WBS und liefern ein unvollständiges Bild. Ein bedeutender Teil der Schülerinnen und Schüler (rund 40 %) besuchte letztmals gemäss altem Schulsystem am Ende der obligatorischen Schulzeit ein Gymnasium. Für eine Gesamtbetrachtung wären auch diese zu berücksichtigen.

## 2. Beantwortung der Fragen

### 1. *Wie hoch ist die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger in absoluten Zahlen?*

Im Zahlenspiegel Bildung (<https://www.edubs.ch/publikationen/zahlenspiegel>), den das Erziehungsdepartement jährlich herausgibt, finden sich detaillierte Angaben zu den Anschlusslösungen am Ende der obligatorischen Schulzeit (Seite 23) und nach Besuch eines Brückenangebots (Seiten 30–32).

Ende Schuljahr 2016/17 besuchten 1'395 Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit eine öffentliche Schule (WBS oder Gymnasium). 14 Personen (oder 1,0 %) konnten zum Befragungszeitpunkt (Juni 2017) keine Anschlusslösung vorweisen. In den letzten sieben Jahren lag dieser Anteil jeweils zwischen 0,4 % und 1,4 %. Gegenüber dem Vorjahr (1,4 %) ist der Anteil zurückgegangen, so dass die Entwicklung nicht als bedenklich eingestuft werden kann. Bei den Anschlusslösungen nach dem Besuch eines Brückenangebots wurden in der Statistik 765 Lernende berücksichtigt. Mehrheitlich besuchten diese ein Angebot am Zentrum für Brückenangebote (630), einen Vorkurs oder eine Vorlehre an der Allgemeinen Gewerbeschule Basel (AGS) absolvierten 105 und einen Vorkurs an der Berufsfachschule Basel (BFS) 30. An dieser Stelle wird nochmals darauf hingewiesen, dass sich die Quoten im Falle der AGS und BFS nicht auf die «Berufsschulabgängerinnen und –abgänger» beziehen, sondern lediglich auf die erwähnten Personen in einer Vorlehre bzw. in einem Vorkurs. Hier liegt der Anteil derjenigen ohne Anschlusslösung bei knapp 10 %, was in Anbetracht der teils schwierigen Bildungsbiographien als Erfolg betrachtet werden kann.

### 2. *Auf den ersten Blick scheint die Zahl der arbeitslosen und sozialhilfeabhängigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen zumindest bis 2016 trotzdem kaum angestiegen zu sein. Kann der Regierungsrat diese Beobachtung bestätigen? Wenn ja: weswegen besteht hier kein Zusammenhang?*

Die Zahlen für die Stadt Basel bestätigen, dass die Sozialhilfequote der unter 17-Jährigen in den Jahren 2012–2016 immer ca. 13 % betrug, die der 18- bis 25-Jährigen stabil bei ca. 10 % liegt. Wie eingangs dargelegt, ist die Erhebung der Anschlusslösungen nach der Volksschule und nach den Brückenangeboten eine Momentaufnahme. Jugendliche ohne Anschlusslösung nach einem

Brückenangebot werden konsequent Gap, Case Management Berufsbildung zugewiesen mit dem Ziel, eine verzögerte Anschlusslösung vornehmlich in der Berufsbildung zu finden. Aus Sicht des Regierungsrates zeigt sich hier, dass die Regelstrukturen greifen und die im Rahmen der Strategiegruppe Jugendarbeitslosigkeit koordinierte Zusammenarbeit zwischen den Departementen funktioniert.

*3. Was sind nach Einschätzung des Regierungsrates die Ursachen für den Anstieg der Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Anschlusslösung?*

Bei den Anschlusslösungen nach dem Besuch eines Brückenangebots ist in den letzten drei Jahren ein Anstieg bei den Personen ohne Anschlusslösung festzustellen. Hatten 2015 58 Personen (7,5 %) keine Anschlusslösung, waren es 2017 86 Personen (11,2 %). Der Regierungsrat geht davon aus, dass die Zunahme zu einem Teil darauf zurückzuführen ist, dass die Erhebung beim Zentrum für Brückenangebote im Jahr 2017 rund drei Wochen früher durchgeführt wurde als in den Vorjahren. Zum anderen ist im Nachgang zur Flüchtlingswelle von 2015 der Anteil von Jugendlichen ohne Anschlusslösung in den Integrations- und Berufswahlklassen mit 18 % 2016 und 13 % 2017 überdurchschnittlich hoch. Erfahrungsgemäss brauchen viele spätmigrierte Jugendliche und Flüchtlinge mehr als zwei Jahre, um den Einstieg in das Berufsbildungssystem zu schaffen. Am Ende der obligatorischen Schulzeit ist hingegen – wie bereits erwähnt – gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang bei den Personen ohne Anschlusslösung zu verzeichnen.

*4. Sind junge Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich betroffen?*

Im Zahlenspiegel Bildung des Erziehungsdepartements wird ersichtlich, dass hinsichtlich der Anschlusslösungen am Ende der obligatorischen Schulzeit durchaus Unterschiede zwischen verschiedenen Teilpopulationen bestehen. Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler haben anteilmässig häufiger keine Anschlusslösung als deutschsprachige Schülerinnen und Schüler (1,6 %-Anteil gegenüber 0,4 %). Auch zwischen Personen mit Schweizer Nationalität und anderen Nationalitäten gibt es solche Unterschiede (CH: 0,5 %, andere: 1,9 %). Es zeigt sich also, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund bei der Suche nach einer Anschlusslösung grössere Hürden zu überwinden haben. Mehrheitlich kommen die betroffenen Jugendlichen aus einem eher bildungsfernen Umfeld und können auf weniger Unterstützung im privaten Umfeld bauen. Hierbei gilt es aber zu beachten, dass diese Anteile bei allen Teilpopulationen klein sind und es sich auch absolut um sehr wenige Personen handelt. So sind es am Ende der Volksschule gerade elf fremdsprachige Jugendliche ohne Anschlusslösung.

*5. Hat der Regierungsrat bereits Gegenmassnahmen eingeleitet, um zu erreichen, dass wieder weniger Jugendliche nach Schulabschluss ohne Anschlusslösung dastehen?*

Die vom Regierungsrat eingesetzte Strategiegruppe Jugendarbeitslosigkeit hat explizit den Auftrag zu verhindern, dass Jugendliche ohne Anschlusslösung und vor allem ohne Abschluss auf der Sekundarstufe II zurückbleiben. So wurde im Jahr 2016 ein «Bericht zur erhöhten Beteiligung

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

von späteingereisten jungen Migrantinnen und Migranten an der Berufsbildung im Kanton Basel-Stadt» im Auftrag des Regierungsrates erarbeitet, der zielgerichtete Massnahmen zur koordinierten Optimierung und Weiterentwicklung der Regelstrukturen vorsieht. Damit soll genau die oben erwähnte Zielgruppe erreicht werden.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann  
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatschreiberin